Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 338/2010/MO/BV

Fachteam: Finanzen	Datum: 04.11.2010
Bearbeiter: Bianca Wulff-Buchholz	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Moorrege	07.12.2010	nicht öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege	07.12.2010	öffentlich

Neufassung der Hundesteuersatzung für die Gemeinde Moorrege

Sachverhalt:

Die zurzeit geltende Hundesteuersatzung der Gemeinde Moorrege ist am 1. Januar 1991 in Kraft getreten.

Gemäß § 2 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes Schleswig-Holstein verlieren Abgabensatzungen spätestens 20 Jahre nach Inkrafttreten von Gesetz wegen ihre Gültigkeit.

Somit besteht für die Gemeinde Moorrege das Erfordernis, zum 1. Januar 2011 ihre Hundesteuersatzung neu zu fassen.

Da in fast allen amtsangehörigen Gemeinden die Hundesteuersatzungen zum Jahresende 2010 ihre Gültigkeit von Gesetzes wegen verlieren und um über einheitliche Hundesteuersatzungen zu verfügen, wird die Neufassung der Hundesteuersatzung in allen amtsangehörigen Gemeinden empfohlen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Amtsverwaltung hat aufgrund der gesetzlichen Vorgabe den Entwurf einer neuen Hundesteuersatzung gefertigt. Der Entwurf liegt dieser Vorlage als Synopse bei. In der Synopse sind die jetzigen Regelungen sowie die der neuen Satzung jeweils gegenüber gestellt, so dass ein Vergleich von „alt“ zu „neu“ möglich ist.

Die Änderungen beziehen sich unter anderem auf den Beginn und das Ende der Steuerpflicht. Um die Doppelversteuerung eines Hundes zu vermeiden, wurde das Kalendervierteljahr in Kalendermonat geändert, da immer mehr Gemeinden und Städte in ihren Satzungen eine monatliche Versteuerung vorsehen.

Im Rahmen der erforderlichen Neufassung der Hundesteuersatzung und der bereits seit dem 1.1.2006 geltenden Steuersätze ist in dem vorliegenden Entwurf der Neu-

fassung eine Steueranpassung vorgenommen worden.

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein weist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise darauf hin, dass die Kommunen die zur Verfügung stehenden Einnahmequellen weiter ausschöpfen müssen und legt eine Hundesteuer ab 2011 in Höhe von mindestens 100 € fest.

Von einer Festsetzung der Steuersätze auf 100 € sollte nach Meinung der Verwaltung jedoch abgesehen werden, da die Erhöhung in den einzelnen Gemeinden zu gravierend sein würde.

Vielmehr wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, die Steuersätze in allen sieben amtsangehörigen Gemeinden nicht mehr unterschiedlich hoch festzusetzen, sondern ab 2011 **einheitliche** Steuersätze zu beschließen.

Aus der beigefügten Anlage kann ersehen werden, welche Steuersätze **derzeit** in den einzelnen Gemeinden gelten.

Sollte dem Vorschlag der Amtsverwaltung gefolgt werden, bedeutet das, dass die Erhöhung der Hundesteuersätze in jeder Gemeinde unterschiedlich hoch ausfallen wird.

Seitens der Verwaltung wird darüber hinaus empfohlen, bei der Neufassung auch die Haltung gefährlicher Hunde aufzunehmen und diese mit einem deutlich erhöhten Steuersatz zu besteuern.

Die erhöhte Hundesteuer für Gefahrhunde wird als sachgerecht angesehen, da von einer Gefährlichkeit dieser Hunde aufgrund des genetischen Potentials ausgegangen werden muss. Insbesondere handelt es sich um die Rassen Pitbull-Terrier, American-Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier und Bullterrier, die im Hundeverbringungs- und einfuhrbeschränkungsgesetz aufgelistet sind, sowie um andere Hunde, deren Einstufung als Gefahrhund von ihrem individuellen Wesen und Verhalten abhängig gemacht wird.

Derzeit sind 2 gefährliche Hunde in der Gemeinde gemeldet. Beide sind vom Ordnungsamt als gefährlich eingestuft.

Mit dem erhöhten Steuersatz soll ordnungspolitisch erreicht werden, die Anzahl der gefährlichen Hunde auch weiterhin zu begrenzen.

Das Kommunalabgabengesetz Schleswig-Holstein sieht es als zulässig an, die Haltung solcher gewöhnlich als „Kampfhunde“ bezeichneten Hunde nach einem erheblich über deren Regelsatz hinausgehenden Steuersatz zu besteuern. Eine Erhöhung gegenüber dem Regelsatz auf sogar das Fünzfache ist von der Rechtsprechung nicht beanstandet worden.

Finanzierung:

Für die Gemeinde Moorrege würde sich die Einnahme bei der Hundesteuer wie folgt auswirken:

für den 1. Hund (234 Hunde)	12.636,00 €
für den 2. Hund (36 Hunde)	2.808,00 €
für jeden weiteren Hund (8 Hunde)	816,00 €
für den ersten gefährlichen Hund (2 Hunde)	1.000,00 €
für den zweiten gefährlichen Hund	0,00 €
für jeden weiteren gefährlichen Hund	0,00 €

Gesamteinnahme mit derzeitigem Hundebestand 17.260,00 €.

Gegenüber dem Vorjahr würde sich eine Mehreinnahme in Höhe von 5.260,00 € ergeben.

Beschlussvorschlag:

a) Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die vorliegende Satzung der Gemeinde Moorrege über die Erhebung einer Hundesteuer zum 1. Januar 2011 zu beschließen.

b) Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die vorliegende Satzung der Gemeinde Moorrege über die Erhebung einer Hundesteuer mit folgenden Hundesteuersätzen zum 1. Januar 2011 zu beschließen:

Die Steuer beträgt jährlich	
für den ersten Hund	_____ €
für den zweiten Hund	_____ €
für jeden weiteren Hund	_____ €
für den ersten gefährlichen Hund	_____ €
für den zweiten gefährlichen Hund	_____ €
für jeden weiteren gefährlichen Hund	_____ €

(Bürgermeister Weinberg)

Anlagen:

1 Synopse

1 Entwurf der Neufassung der Hundesteuersatzung

1 Aufstellung über die zurzeit geltenden und geplanten Hundesteuersätze im Amtsbereich